

Kurzanalyse

(H42) Sozialökonomischer Hochschulrat
Studienrat für Hochschulreform und Wissenschaft (SEW)
Hochschulrat für Wissenschaft (HWR)

Die Situation der westdeutschen Universitäten ist heute nicht mehr nur dadurch gekennzeichnet, daß deren Etats – in völliger Verkennung der Bedeutung der Wissenschaften im 20. Jahrhundert – entschieden zu knapp bemessen sind. Dies manifestiert sich in überfüllten Seminaren, unbesetzten Lehrstühlen, unübersichtlichen Studiengängen, unzulänglich ausgestatteten Bibliotheken etc.

Sieht man die Hochschulmiserie jedoch nur in diesen „Zuständen“, so wird die Problemlage der Hochschulen nur teilweise erfaßt.

Vielmehr stehen die Universitäten bei der heute notwendig gewordenen Reform vor der Alternative zwischen FORMIERTER und KRITISCHER UNIVERSITÄT, bzw. zwischen repressiver und demokratischer Studienorganisation.

Diese plakative Charakterisierung bedarf näherer Ausführung.

Die repressiven Tendenzen zur FORMIERTEN UNIVERSITÄT (Wissenschafterrat, Dahrendorf-Kommission) zielen auf eine Lösung der Hochschulmiserie zu Lasten der Studentenschaft ab. Durch Straffung des Studienganges nach willkürlichen und unerprobten Prinzipien soll Abhilfe geschaffen werden. Wer sich dem verordneten Reglement nicht einfügt, muß mit der zwangsweisen Exmatrikulation rechnen. Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit soll durch den Numerus clausus weiterhin beschnitten werden. Die realen Ursachen der Hochschulmiserie – unzureichende Finanzierung, verfehlte und kurzfristige Bildungspolitik, sowie die schwierige soziale Lage der Studenten – werden außer Acht gelassen. Oberlegungen über das Selbstverständnis der Wissenschaften in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft werden erst garnicht angestellt. Dagegen wird willkürlich vorausgesetzt, daß sich die Hochschulen der von partikularen wirtschaftlichen Interessen beherrschten Gesellschaft zu unterwerfen haben, indem sie sich darauf beschränken, technisch verwertbares Wissen sowie unpolitische und daher manipulierbare Fachkräfte zu produzieren.

Die formierte Universität ist eine Produktionsstätte von Fachidioten.

Im Gegensatz hierzu kann zur Verwirklichung UNIVERSITÄT die Steigerung der Produktivität nicht der einzige Gesichtspunkt einer Studienreform sein. Ihre Aufgabe wäre es, den Bezug zur Gesellschaft zu reflektieren, indem die einzelnen Wissenschaften ihre politischen und sozialen Parteinahmen, die ihnen meist unbewußt bleiben analysieren und überprüfen, ob diese im Interesse einer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie liegen.

Durch diese praktische Orientierung der Wissenschaften verlieren sie ihren Status der Weltfremdheit und werden für vernünftige politische und gesellschaftliche Praxis fruchtbar.

Die Struktur einer solchen KRITISCHEN UNIVERSITÄT kann nicht die eines auf Stromlinienform gebrachten Ordinariatsystems sein. Alle Personengruppen innerhalb der Hochschule müssen gemäß ihrer spezifischen Funktion in Lehre, Forschung und Ausbildung am universitären Entscheidungsprozeß beteiligt sein, schon allein deshalb, um die notwendige Diskussion über die Verbindung von Wissenschaften und Gesellschaft demokratisch führen zu können. Eine derart emanzipierte Universität ist ein vorzüglich geeigneter Ort für politische Erörterungen; vorausgesetzt, daß diese sich nach den Regeln kritischer Rationalität bewegen. Damit wird die Hochschule zum Forum, auf dem die Pervertierung von Verfassungsprinzipien und gesellschaftliche Mißstände aufgezeigt werden können. Um dies der Öffentlichkeit mitteilen zu können, benötigt die Vertretung der Studentenschaft ein politisches Mandat, das sich im Rahmen des Grundrechts der freien Meinungsäußerung bewegt.